

# Avanti O.

**Beilage:** Faschismus:  
Massenpsychologie als Erklärung?**ISO Oberhausen & FreundInnen**

## Schützen wir unsere Leben!

P. S./E. F.

**U**nsere Leben ist mehr wert als ihre Profite! Dies sollte die Richtschnur für alle politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sein: darüber, wie Energie erzeugt wird, wie Menschen arbeiten und wohnen, welche sozialen und demokratischen Rechte garantiert werden ...

Menschenrechte sind einzuhalten, überall, für jede\*n und ohne Einschränkung.

Diese Maxime muss auch der Entscheidung über die Fragen zugrunde liegen, wie das Gesundheitswesen organisiert wird, welche Mittel dort hineinfließen, welche Prioritäten gesetzt werden, wer zum Gesundheitssystem in welcher Weise Zugang hat.

Wie viele andere kritisieren auch wir die Ökonomisierung des Gesundheitswesens, die Privatisierungen, das gezielte Kaputtsparen eines Systems, das einmal funktioniert hat. Und das nur, damit auch in diesem sensiblen, lebensnotwendigen Bereich Profite erzielt werden können.

Wir sehen aber auch, dass es sich hier nicht um ein punktuelles Versagen oder einen Irrtum der Entscheider\*innen handelt. Vielmehr ist es ein Wesenszug unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sich an erster Stelle um die Profite der Konzerne zu sorgen.

In der aktuellen Corona-Krise zeigen sich die katastrophalen Auswirkungen dieses Systems, das auf Profitmaximierung angelegt ist und zwangsläufig mit Ausbeutung und Ungleichheit einher geht, überdeutlich.

Einmal mehr trifft eine Krise besonders heftig diejenigen, die ohnehin schon am meisten unter den Zumutungen des Kapitalismus zu leiden haben: Arme, Ausgegrenzte, prekär Beschäftigte, Solo-Selbständige ... Von obdachlosen Menschen und von häuslicher Gewalt Betroffenen, denen nun jede Rückzugsmöglichkeit genommen wird, ganz zu schweigen.

Die Schließung von Tafeln aufgrund von Corona zeigt einmal mehr die Perversität des Hartz-Regimes, das Bedürftige, statt ihre Existenz zu sichern, auf Almosen verweist – die jederzeit ersatzlos gestrichen werden können.

Wir unterstützen die Solidarität von unten, die sich jetzt vielerorts entwickelt hat. Wir finden es richtig, dass Kontaktverbote, die die schnelle Verbreitung von SARS-CoV-2 unterdrücken, so lange in Kraft bleiben, wie sie notwendig sind, um Menschenleben zu retten.

Aber wir setzen die Einhaltung dieser Maßnahmen nicht gleich mit einem „Burgfrieden“ mit den Herrschenden.

Es ist offenkundig unwahr, dass alle gleich sind im Angesicht von Corona. Im Schatten notwendiger Maßnahmen drohen dauerhafte Deregulierungen, Einschränkungen von Demokratie und Abbau von Rechten der Lohnabhängigen. Es ist klar, wer die immensen Kosten, die die Corona-Krise verursachen wird, bezahlen soll. Gegen solche Bestrebungen müssen wir uns schon heute wehren!

Und die Gefahr von Rechts, die derzeit medial in den Hintergrund tritt, ist auch nicht kleiner geworden. ■

| INHALT   | EDITORIAL  | INHALT   |
|--|--|--|
| <b>TITEL</b>   |  | <b>RECHTSRUCK</b>  |
| <b>01 Corona</b><br>Schützen wir unsere Leben                              | <p><i>Liebe Leser*innen,</i><br/>diese Ausgabe der <i>Avanti O.</i> sieht anders aus, als wir es uns vorgestellt haben. Kurz nach dem angedachten Redaktionsschluss wurde unsere Planung völlig über den Haufen geworfen.</p> <p>Das Corona-Virus kam darin noch nicht vor. Jetzt findet Ihr mehrere Beiträge, die sich unter verschiedenen Gesichtspunkten mit der durch die Pandemie ausgelösten Krise befassen.</p> <p>Es gab auch erfreuliche Gründe, unsere Planung zu ändern: Interessante Artikel, die nach dem ursprünglichen Redaktionsschluss herein kamen.</p> <p>So der Beitrag einer Genossin, die bei <i>Fridays for Future</i> aktiv ist und darüber berichtet.</p> <p>Und die Artikel zur Insolvenz der Babcock Production Solution AG und zur geplanten Streichung von Zuschüssen für Arbeitslosenzentren, verfasst von einem engagierten Gewerkschafter der IG Metall.</p> <p>Wir danken!</p> <p>Außerdem findet Ihr in dieser Ausgabe Beiträge zu Antifaschismus, Feminismus und Gewerkschaftspolitik – Themen, die derzeit nur medial in den Hintergrund treten.</p> <p>Wir wünschen Euch eine anregende und hoffentlich auch nützliche Lektüre.</p> <p style="text-align: right;"><i>Eure Redaktion</i></p> | <b>09 Rechtsruck</b><br>Jetzt handeln!   |
| <b>EDITORIAL/INHALT/CORONA</b>   |  | <b>ÖKOLOGIE</b>  |
| <b>02 Corona-Krise</b><br>Erklärung der ISO                                |  | <b>10 Duisburg</b><br>Fridays for Future und Antikapitalismus                        |
| <b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>  |  | <b>NACHRUF</b>   |
| <b>04 Linke Strategiekonferenz</b><br>Ansprüche und Ziele                  |  | <b>11 Ernesto Cardenal</b><br>¡Adiós, compañero!                                     |
| <b>OBERHAUSEN</b>  |  | <b>CORONA</b>  |
| <b>05 Babcock</b><br>Vertane Chancen                                       |  | <b>12 Handlungsfähig bleiben!</b><br>Was können wir (noch) tun in Zeiten von Corona? |
| <b>06 AfD Oberhausen</b><br>Die Faschistenfreunde                          |  | <b>12 Termine</b>  |
| <b>07 Frauentag in Oberhausen</b><br>Ein Rückblick                         | <b>THEORIEBEILAGE</b>  |  |
| <b>08 „Soziallobbyismus“</b><br>AfD und Schließung der Arbeitslosenzentren | <b>Faschismus</b><br>Massenpsychologie als Erklärung?  |  |

## Erklärung der ISO

# Corona-Krise: Solidarität heißt Menschen schützen Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Die Corona-Krise hat im Dezember 2019 in Wuhan begonnen. Die Entstehung des Corona-Virus (Covid-19) liegt immer noch im Dunklen. Das bürokratisch-kapitalistische Regime in China hat zunächst alle Warnungen vor Ort unterdrückt. So konnte sich das Virus in rasender Geschwindigkeit ausbreiten. Die Regierung in Peking behauptet nun, durch ihre „unfehlbare“ Führung die Epidemie gestoppt zu haben.

**W**eltweit kann davon jedenfalls keine Rede sein. Die tödlichen Gefahren der seit Wochen offenkundigen Pandemie wurden zunächst von interessierten Kreisen ignoriert oder kleingeredet. Wertvolle Zeit ist zudem von Politik und Behörden aus Unfähigkeit und blinder Rücksichtnahme auf die Logik der Profitmaximierung vergeudet worden.

Jetzt explodieren die Infektions- und zeitverzögert auch die Sterbezahlen – nicht nur in Italien.

Hunderttausende abhängig Beschäftigte werden jetzt in Kurzarbeit geschickt. Mit dem Kurzarbeitergeld (60 % des Nettos für Alleinstehende) werden viele Lohnabhängige schon nach kurzer Zeit vor erhebliche Existenzprobleme gestellt. Noch schlechter geht es kleinen Selbständigen und prekär Beschäftig-

ten, die kein Kurzarbeitergeld erhalten.

Hingegen wird für das Kapital ein riesiger finanzieller „Schutzschirm“ aufgespannt und ihm sogar die Sozialbeitragszahlung für Kurzarbeitende erlassen. Die Herrschenden verteidigen damit ihr System der Ausbeutung von Menschen und der Ausplünderung der Natur. Erst nachrangig geht es um den Schutz der Menschen vor der Pandemie. Zudem wird die aktuelle Lage für den massiven Ausbau von Überwachungsmaßnahmen genutzt.

### Wer ist verantwortlich?

Das Kapital und die ihm dienende Politik üben sich nicht nur in „Schadensbegrenzung“. Sie lenken von ihrer Verantwortung

für das Ausmaß der Corona-Katastrophe ab: hemmungslose kapitalistische Globalisierung, Privatisierung von zentralen Bereichen des Gesundheitssektors, weitgehende Missachtung der Gebote des präventiven Gesundheitsschutzes, Verlagerung der Produktion von jetzt fehlenden, aber dringend benötigten medizinischen und pharmazeutischen Produkten in „Low-Cost“-Länder wie China und Indien, massiv reduzierte Vorratshaltung von Desinfektionsmitteln und persönlichen Schutzausrüstungen, als „Kostensenkung“ und „Bürokratieabbau“ bezeichnete Schwächung der Gewerbeaufsicht, der Gesundheitsämter und vor allem des Gesundheitssystems, enormer Personalmangel im Pflegebereich ...

Diese Pandemie ist zum Brandbeschleuniger für die Krise der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft geworden. Das erhöht den Druck auf die arbeitende Klasse.

Kapital und Politik versuchen, die bedrohliche Situation skrupellos für ihre Interessen auszunutzen. Massive Einschränkungen von Grundrechten wie das „auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ (Artikel 2 GG) sowie der Rechte von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen. Aushebelung des Arbeitszeitgesetzes und insbesondere des Verbots der Sonntagsarbeit. Vergesellschaftung von Unternehmensrisiken durch steuerfinanzierte „Schutzschirme“ für Firmen, de facto ausgehöhlt Überprüfung der Genehmigung von Kurzarbeit, Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen bei Kurzarbeit durch die Sozialkassen.

Die Ausbreitung des Virus stellt alle diejenigen vor extreme Anforderungen, für die Menschen wichtiger als Profite sind. Die Pandemie verändert radikal unser Alltagsleben und schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten ein. Wir müssen deshalb schnell lernen, uns unter bisher unbekanntem Bedingungen zu engagieren.

## Gesellschaftlicher Aktionsplan

Wir benötigen einen gesellschaftlichen 13-Punkte-Aktionsplan zur entschlossenen Bekämpfung der Corona-Pandemie:

- ▶ Wirksamer Gesundheitsschutz muss an erster Stelle stehen.
- ▶ An alle Haushalte ist umgehend ein einheitliches, leicht verständliches Info mit Schutzmaßnahmen gegen Covid-19 zu verteilen und über alle Medien zu kommunizieren.
- ▶ Beschäftigte in Dienstleistungs-, Handels-, Pflege- und Industriebereichen müssen sofort unter strikter Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften wirksam geschützt werden.
- ▶ Die völlig unzureichende Zahl von 28.000 Intensivbetten (davon sind 88 % belegt!) ist auf dem schnellsten Weg an die zu erwartende Steigerung von Covid-19-Erkrankungen anzupassen.
- ▶ 2019 haben bereits 4.700 Intensivpflegekräfte gefehlt. Die Akutversorgung von Covid-19-Erkrankten ist ohne Verzögerung durch ausreichendes Fachpersonal zu sichern.
- ▶ Medizinisch Ausgebildete müssen jetzt für die Stärkung der Intensivpflege gewonnen werden.
- ▶ Es wird schnellstmöglich ein staatlich gefördertes und gesellschaftlich kontrolliertes Forschungsprogramm für Impfstoffe gegen Covid-19 aufgelegt sowie ein Produktionsprogramm für ausreichende Testverfahren, persönliche Schutzausrüstungen und Desinfektionsmittel.
- ▶ Gesundheit darf keine Ware mehr sein! Wesentliche Bereiche der Gesundheits- und Pharmaindustrie sind gemäß Artikel 14 und 15 GG unter gesellschaftliche Kontrolle zu

stellen. Alle geplanten oder laufenden Krankenhausschließungen müssen sofort gestoppt werden.

- ▶ Alle im Pflegebereich Tätigen erhalten umgehend 500 Euro mehr im Monat. Die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals müssen dauerhaft und spürbar verbessert werden. Nur dann können dauerhaft mehr Menschen für diesen Bereich gewonnen werden.
- ▶ Statt Kurzarbeitergeld benötigen Beschäftigte im Notfall eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von Unternehmen und ein Verbot von Entlassungen.
- ▶ Überall dort, wo es noch keinen sicheren Gesundheitsschutz für Beschäftigte gibt, ist die Erzeugung von nicht lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen einzustellen, mindestens aber stark einzuschränken. Nur so kann die Ausbreitung von Covid-19 maximal begrenzt werden.
- ▶ Gerade die am meisten benachteiligten Menschen benötigen wirksamen Gesundheitsschutz. Das heißt auch Aussetzen von Sanktionen, Stromsperrungen und Zwangsräumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Obdachlose und Illegalisierte, Ausbau von Frauenhäusern für Opfer sexueller Gewalt. Niemand darf zurückgelassen werden!
- ▶ Nur internationale Solidarität kann im Kampf gegen die Corona-Pandemie Grenzen überwinden.

## Was tun?

Wir können nicht davon ausgehen, dass Politik und Kapital die Gesundheit der Menschen vor Wirtschaftsinteressen stellen. Deshalb müssen wir selbst aktiver werden, uns demokratisch organisieren und besser vernetzen.

- Es gilt nun neue Kommunikationswege zu entwickeln, um politische Meinungsbildung und Solidarität auch unter den derzeitigen Notstandsbedingungen aufrechtzuerhalten. Dies gilt insbesondere für betrieblich und gewerkschaftliche Aktive, die am Arbeitsplatz jetzt noch mehr unter Druck gesetzt werden.
  - Wir beschränken vorübergehend soziale und politische Kontakte auf ein erforderliches Minimum. Notwendige Kleingruppen-Treffen werden mit maximaler Vorsicht und unter strikter Einhaltung aller Präventions-Regeln durchgeführt.
  - Wir versuchen, unseren Beitrag zur Aufklärung zu leisten, um einerseits Panik zu vermeiden und andererseits ein angemessenes Problembewusstsein zu stärken.
  - Die anhaltende Abwälzung der gesundheitlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auf die große Mehrheit der Bevölkerung lehnen wir entschieden ab. Mit oder ohne Corona: Wir zahlen nicht für Eure Krise(n)!
  - Deshalb rufen wir zur Stärkung solidarischer Zusammenarbeit über alle Organisations-, Bereichs- und Staatsgrenzen auf!
- Sekretariat der Internationalen Sozialistischen Organisation/IV. Internationale, 19. März 2020*





# „Strategiekonferenz“

## Suche nach einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik

O. T.

Am 25./26. Januar 2020 hat in Frankfurt/Main die „Strategiekonferenz für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik“ stattgefunden. Organisiert wurde die Konferenz von der *Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften* (VKG – [www.vernetzung.org](http://www.vernetzung.org)). Insgesamt haben bis zu 140 KollegInnen teilgenommen.

Im Einladungsflugblatt der Konferenz heißt es: „Der Bedarf an ernsthaften Diskussionen über Strategie und Ausrichtung der Gewerkschaften ist groß, ebenso wie der Wunsch nach Vernetzung und besserer Koordinierung aktiver und kämpfender KollegInnen. Wir, (das sind VertreterInnen verschiedener Vernetzungsinitiativen in den Gewerkschaften) möchten deshalb anregen, dass aktive KollegInnen, die auch für einen kämpferischen Kurs in den Gewerkschaften eintreten, darüber beraten, wie sie gemeinsam an einem Strang ziehen und sich für eine solche Ausrichtung der Gewerkschaften stark machen können. Es gibt viele gute Ansätze, aber um die Gewerkschaften insgesamt in diese Richtung zu bringen, ist es nötig, sich besser zu vernetzen und zu koordinieren.“

### Bessere Vernetzung kämpferischer Kräfte

Anspruch der Konferenz war es, in diesem Sinne eine Plattform zur Diskussion und zum Austausch zu bieten. Dieses Ziel ist nur bedingt erreicht worden. Das liegt daran, dass die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen im Wesentlichen ein Bündnis linker politischer Organisationen widerspiegelt. Offensichtlich ist es nur in geringem Umfang gelungen, unorganisierte KollegInnen für diese Konferenz zu mobilisieren.

Positiv war, dass sich sehr viele – auch der jüngeren – TeilnehmerInnen aktiv in betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen engagieren, einige auch in offiziellen gewerkschaftlichen Funktionen. Mitglieder verschiedener Gewerkschaften waren vertreten – am stärksten IGM, ver.di, EVG, aber auch GEW und IG BCE.

Für die inhaltliche Diskussion wurden neben einem Anfangsplenum und einem Abschlussplenum insgesamt acht Arbeits-

gruppen zu unterschiedlichen aktuellen Themen angeboten. Sie wurden von jeweils zwei ReferentInnen inhaltlich eingeleitet. Diskussions-Themen waren zum Beispiel „Der Kampf um einen neuen ‚Normalarbeitstag‘“, „Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich“, „Gewerkschaftliche Kämpfe politisch führen“, „Umgang mit Rassisten und Faschisten im Betrieb“, „Vernetzung der Gewerkschaftspolitik mit der Klimaschutzbewegung“ bis hin zu „Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung“.

### Solidarische Diskussionen

Das Fazit des Abschlussplenums am Sonntag war, dass die Arbeitsgruppen durchaus produktiv gearbeitet hatten. Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen sollen eventuell noch veröffentlicht werden.

Es gab keinen Hickhack linker Organisationen, wie es in der Vergangenheit bei vergleichbaren Zusammenkünften oft üblich war. Auch die Plenumsdiskussionen wurden durchaus solidarisch geführt.

Ein Entwurf mit der Auflistung der vom Koordinierungskreis vorgeschlagenen Vorhaben lag zu Beginn der Konferenz aus. Er wurde im Plenum am Ende der Tagung ohne Gegenstimmen angenommen.

Einstimmig verabschiedet wurde auch eine Solidaritätserklärung an die französischen KollegInnen, die aktuell gegen die dort geplante „Rentenreform“ kämpfen.

Größere Diskussionen gab es hingegen bei der Verabschiedung einer Abschlusserklärung, die ebenfalls als Entwurf der Konferenz vorlag. Hier zeigten sich größere Unterschiede in der Einschätzung, für wen oder was eine solche Abschlusserklärung dienlich sein soll.

Insgesamt war das Bemühen erkennbar, die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu betonen und die eigene Gruppenloyalität hintenanzustellen. Dies ist nicht zuletzt eine Voraussetzung dafür, dass das Ziel der Konferenz, eine wirksame Vernetzung linker und aktiver Kräfte in den Gewerkschaften zu erreichen, in Zukunft auch umgesetzt werden kann. ■



Plenum der Konferenz in Frankfurt-Main.

Foto: [www.vernetzung.org](http://www.vernetzung.org).

# Babcock Production Solution AG

## Vertane Chancen

KURT-DIETER JÜNGER

**Die bisherige Berichterstattung im Lokal- wie auch im Wirtschaftsteil über das unsägliche, menschenverachtende Debakel/Chaos und das weltweite Geschachere um die Aufrechterhaltung dieses letzten Oberhausener Babcock-Produktionsstandortes hätte m. E. viel größeren Diskussionsraum einnehmen müssen.**

**W**as hätten die Babcock-Beschäftigten, Vertrauensleute, Betriebsräte und die IG Metall (IGM) aus der Babcock-Insolvenz im Jahr Juli 2002 lernen können???

*Im Wandel der Generationen. 100 Jahre Deutsche Babcock,* herausgegeben von Hans Lorenz Ewaldsen, Plitt Verlag, Oberhausen, den 30. September 2000:

In seinem Vorwort kommt Herr Ewaldsen zu der richtigen Erkenntnis, dass bestimmte Entscheidungen besser nicht getroffen worden wären, vor allem, wenn „ungeeignete Führungskräfte eingesetzt oder geeignete Mitarbeiter mangelhaft betreut wurden“ (zitiert ebenda: H.L. Ewaldsen, Vorwort Blatt 2).

Keine zwei Jahre später musste der Konzern unter „Führung“ von Herrn Lederer Insolvenz anmelden.

Die meisten der fast 400 Beteiligungsgesellschaften wurden ebenfalls zur Insolvenz gezwungen, da alle juristisch selbständigen Firmen sich einem striktem cash clearing unterwerfen sollten und es leider auch taten. Das bedeutete, jede eingegangene „Mark“ musste umgehend an die Holding überwiesen werden. Zahlungsverpflichtungen konnten nur mit Genehmigung der Holding eingehalten werden.

Die finanzielle Schieflage war zu dem Zeitpunkt den Hausbanken, der Politik und einigen Konzernbetriebsräten klar.

Die Großdemonstration der Beschäftigten vor dem Düsseldorfer Landtag brachte den erzneoliberalen Ministerpräsidenten Clement und Tage später in der Oberhausener Luise-Albertz- Halle auch den Bundeskanzler Schröder (beide SPD) unter Zugzwang.

Die Banken konnten von der Sanierung nicht überzeugt werden. Die geforderten Lohn-/Gehaltseinsparungen von 50 Millionen wurden durch einen Sanierungstarifvertrag nach heftigen Diskussionen mit deutlicher Mehrheit der IGM-Vertrauensleute/Betriebsräte erzielt.

Weder die Politik noch die Zugeständnisse haben die Insolvenz abwenden können. Die meisten Beschäftigten verloren neben ihren Arbeitsplätzen auch noch weitestgehend die Ansprüche aus den abgeschlossenen Sozialplänen mangels Masse.

Ein Treppenwitz der Geschichte ist die Verurteilung von Ex-Babcock-Chef Klaus Lederer im Jahr 2008 – sechs Jahre nach der Insolvenzverschleppung – zu einer Bewährungsstrafe, einer Geldauflage von 250.000 Euro und 1.000 Sozialstunden in seinem neuen Domizil in Florida.

Oberhausen verlor durch die Insolvenz Tausende von direkten und indirekten Arbeitsplätzen, und eine Deindustrialisierung wurde beschleunigt.

Die neuerliche Babcock-Insolvenz 2020 mit dem wohlklingendem Namen „Solution“ wurde einfach sang-, klang- und klaglos abgewickelt. Ein Sanierungstarifvertrag wurde auch hier von den

Beschäftigten und der IGM akzeptiert, ohne den erhofften Erfolg herbei führen zu können.

Einige der wenigen noch vorhandenen Industriearbeitsplätze (ca. 100 Mitarbeitende) wurden dadurch unwiederbringlich vernichtet.

Eine historische Chance für die vielen Oberhausener Geschichten rund um den ehemals großen Babcock-Konzern mit fast 40.000 Beschäftigten wurde wieder einmal vertan.

Die einzigartige, produktive Erinnerungsstätte hätte erhalten werden können, aber selbst der Arbeitsagentur waren die „paar“ Arbeitsplätze nicht so wichtig. In den Gläubigerausschuss mussten ihre Vertreter geradezu gedrängt werden.

Für den friedensstiftenden Ex-Bundeskanzler Schröder mit seinen vielen internationalen, russischen und koreanischen Partnern wäre es vielleicht ein Leichtes gewesen, potente Partner zu finden.

Der Ex-Außenminister Gabriel und neuerdings Aufsichtsrat der Deutschen Bank (derzeitiger Verlust ca. 5,x Milliarden) dürfte keine Probleme gehabt haben, eine Peanutsfinanzierung in Zusammenarbeit mit den ansonsten so kreativen Sparkassen zu realisieren.

Die Politik äußert Bedauern und versteckt sich hinter dem Dogma der Alternativlosigkeit, anstatt sich radikal für den Erhalt von qualifizierten Industriearbeitsplätzen einzusetzen. Die politischen Repräsentanten von Hausmann bis Vöpel äußern sich zu allen internationalen/nationalen Themen, ob Krieg in Syrien oder Corona, aber besser wäre: „Grabe da wo du stehst“, oder wo du her kommst.

Wir brauchen nicht nur ein Ökologie Change, sondern auch ein System Change, wie bereits auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos von vielen Teilnehmenden erkannt und gefordert wurde. So darf, kann und wird es mit der ökologisch-ökonomischen Welt nicht weitergehen können.

Der Spruch „zu groß, um zu stürzen“ hatte in der Finanzkrise 2008/2009 mit unseren Steuergeldern die Bankenwelt stabilisiert und zur staatlichen Beteiligung bei der Commerzbank geführt. Jetzt muss umgekehrt auch gelten: „Nicht zu klein, um nicht mit ein paar Millionchen gerettet werden zu können!“

Anstatt steuerfinanzierte Qualifizierung zur Arbeitslosigkeit zu fordern, täten die Beteiligten / IGM, Arbeitsagentur, IHK, Stadt, Land und Bund gut daran, einmal unsere Steuergelder für eine echte Mitarbeiterbeteiligung und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen einzusetzen.

Die Wege sind aufgezeigt worden, und die Fehler wiederholten sich. Meines Erachtens gilt grundsätzlich: hilf dir selbst, sonst hilft dir niemand.

Für die Zukunft gilt es, Beschäftigte, die Bevölkerung und die IGM zu mobilisieren, um zukünftige weitere Kahlschläge zu verhindern. ■



# AFD Oberhausen

## Faschistenfreunde – und nicht nur das

KORRESPONDENT

Am 28. Februar 2020 erschien in der WAZ Oberhausen ein Artikel über den Auftritt der AfD Oberhausen bei Facebook (FB). Es wurde beschrieben, mit welchen Methoden die AfD über dieses Medium Hetze betrieben und Fake News verbreitet hat. Rassistische Kommentare blieben stehen, nazistische auch. Aufgrund der lokalen Berichterstattung hat die AfD Oberhausen dann diese Seite abgeschaltet. (Oder sie wurde von FB gesperrt.) Kurz darauf zog die Partei eine neue FB-Seite hoch. Dieser Artikel soll eine Ergänzung zur Berichterstattung der WAZ darstellen und beschäftigt sich mit einigen der aktiven Personen und dem so genannten „Flügel“, dem der überwiegende Teil des Oberhausener AfD-Vorstandes und der Aktiven um ihn herum zuzurechnen ist.

Die AfD Oberhausen fiel in den letzten Jahren immer wieder durch extrem rechtes Gedankengut in ihren Social Media-Auftritten auf, mit geteilten Beiträgen mit einer „Schwarzen Sonne“ oder mit Videos und Livestreams von Nazidemonstrationen. Manches verschwand nach einer der „Löschorgien“, die sie immer wieder einmal durchgeführt haben, aber die ideologische Zuordnung zum „Flügel“ und die Nähe zu den Inhalten des Faschisten Björn Höcke blieb immer eindeutig erkennbar.

### FB-Seiten von Mitgliedern der AfD Oberhausen

Einiges weniges soll hier erwähnt werden.

#### Sven Tomczak

Beschäftigt bei der Feuerwehr der Stadt Essen, im Vorstand der AfD Oberhausen.

Er teilt aktuell verschwörungstheoretische Inhalte: Corona sei ein Fake. In der Vergangenheit bezweifelte er schon einmal die Rechtmäßigkeit von Wahlen, verglich Geflüchtete über ein Meer mit Ratten und teilte Beiträge des Faschisten Höcke. Dies ist nur eine kleine Auswahl an derlei Aktivitäten.

#### Ingrid Papenberg

Sie gehört zum Kreis der Aktiven/Unterstützer\*innen der AfD Oberhausen und teilt auch schon einmal Beiträge wie: „Es ist ein geplanter Krieg gegen die weiße Rasse – es ist eine Verschwörung. Sie versuchen, die weiße Rasse vom Erdboden zu vertilgen ...“ Diesen Beitrag hat sie kommentiert mit: „Der Volksaustausch von einer deutschen Idiotenpolitik !!!“. Es ist dieselbe Ideologie wie die der Massenmörder von Christchurch, Utøya ...

#### Jörg Volkmer und Christiane Volkmer Pousset

Ehemalige Vorstandmitglieder bis ca. Ende 2019. Beide teilen antisemitische Verschwörungstheorien (z.B. Heiko Schranz, Mythen zu den Rheinwiesenslagern) und nehmen an Nazi-Demonstrationen teil (in Düsseldorf im November 2018, in Mönchengladbach im September 2019, um nur zwei zu nennen). Sie relativieren den Holocaust und teilen Beiträge des *Compact*

*Magazins*, welches vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird.

#### Marko Papenberg

Er ist im Vorstand der AfD Oberhausen und der Sohn von Ingrid Papenberg. Der Apfel fällt also nicht weit vom Stamm – siehe oben.

In der Vergangenheit teilte er Selfies von sich mit Höcke und trug Transparente wie „Höcke für Deutschland“. Er trat auch mit Nazis wie Holm Teichert zusammen auf (in einem Video aus März 2019). Es gibt vieles mehr, das seine Nähe zu Nazis belegt.

Diese kleine Auswahl soll verdeutlichen, dass die AfD Oberhausen in NRW mit zu den rechtsten Kreisverbänden der AfD gehört und nahezu alle der Vorstandsmitglieder und Aktiven offene „Flügel“-Anhänger und mindestens Faschistenfreunde sind.

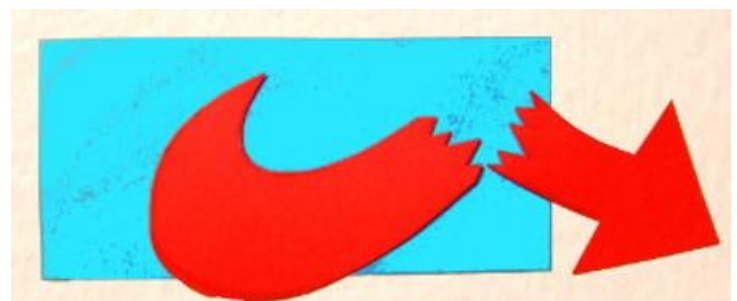
So zeigt auch die AfD Oberhausen beispielhaft: Ob dieser „Flügel“ sich nun „auflöst“ oder umbenannt – nicht ein „Flügel“ ist das Problem, sondern die gesamte AfD, die deutliche Bezüge zum Rechtsextremismus bzw. diesen Kreisen hat.

Einiges fehlt in diesem Beitrag, wie z. B. Verbindungen der AfD Oberhausen in die NPD.

Fortsetzung folgt. ■

#### Anmerkung der Redaktion:

Die Aussagen des obigen Beitrags sind durch Screenshots belegt, die wir auf unserer Website dokumentiert haben.



# Impressionen vom Internationalen Frauentag 2020 in Oberhausen



Aktion der ver.di-Frauen zum Internationalen Frauentag am St. Clemens-Hospital, 8. März 2020, Oberhausen-Sterkrade.

Die Frauen von ver.di Ruhr-West besuchten das St. Clemens-Hospital und das Altenzentrum St. Clemens in Oberhausen-Sterkrade. Beide Häuser gehören zum insolventen KKO und sollen vom Klinikkonzern AMEOS übernommen werden.

Die ver.di-Frauen überbrachten den Kolleginnen Grüße zum Frauentag und kleine Aufmerksamkeiten von ver.di. Die hat es allem Anschein nach gefreut.

**A**uch das Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung war am 8. März am KKO in Sterkrade präsent.

Aktion vom Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung zum Internationalen Frauentag am Altenzentrum St. Clemens, 8. März 2020, Oberhausen-Sterkrade.



**D**as Internationale Frauenfrühstück in Altenberg fand in diesem Jahr erst am 9. März statt. Das Motto war diesmal „FrauenLos MakelLos“, und damit gleichlautend mit dem der Frauengesundheitstage 2020, die vom 22. März bis zum 4. April hätten stattfinden sollten.

Vor dem Frühstück selbst gab es wieder ein Rahmenprogramm aus Politik und Kultur.

Das Motto der Veranstaltung und insbesondere der daraus abgeleitete Spruch „Ich bin schön, weil ...“ erwiesen sich allerdings – wenig überraschend – als unglücklich. Feststellungen wie „immerhin habe ich schöne Augen“ sind sicherlich nicht das, was frau im Kampf um Gleichstellung weiterbringt. Aber die meisten Beiträge gingen glücklicherweise nicht in diese Richtung.

Wie in 2019 organisierte das Frauen-Plenum Oberhausen im Rahmen des Frauenfrühstücks einen Flashmob zum Kreisverkehr an der Concordiastraße. Und wandelte das Motto der Veranstaltung hierfür etwas ab:

„Ganz schön stark – Frauen in Oberhausen!“



Flashmob zum Internationalen Frauentag 9. März 2020, Oberhausen.



Die schwarz-gelbe Landesregierung von NRW beabsichtigt, die Förderung von Arbeitslosenzentren einzustellen. In Oberhausen soll nur noch die Erwerbslosenberatungsstelle der Starthilfe vom Land gefördert werden. Die jedoch ist nicht so ausgestattet, dass sie die Aufgaben der beiden Arbeitslosenzentren übernehmen könnte.

Daraufhin stimmte der Rat der Stadt Oberhausen einstimmig einer Resolution zu, die die Landesregierung auffordert, Arbeitslosenzentren dauerhaft zu finanzieren und ihre Zuschüsse anzuheben.

Die AfD diffamiert dieses von SPD und Grünen initiierte Vorgehen als dem Wahlkampf geschuldete „Netzwerkpolitik des Soziallobbyismus“ und stellt die Notwendigkeit von Arbeitslosenzentren in Frage.

Quelle: WAZ Oberhausen, 24.02.2020

# „Sozial-Lobbyisten“ In Oberhausen/Mülheim sind noch mehr als 10.000 Menschen arbeitsuchend ...

KURT-DIETER JÜNGER

In Oberhausen/Mülheim sind noch mehr als 10.000 Menschen arbeitsuchend gemeldet. Die neudeutsche „Agentur für Arbeit“ soll den Eindruck erwecken, Arbeitsplätze aus dem Hut zaubern zu können, quasi Künstleragenturen gleich.

Weit gefehlt, denn die Realität sieht leider anders aus.

Der Dienstleistungssektor um Banken, Sparkassen, das Metronom-Theater, die Hotels und das gesamte Gastronomiegewerbe leidet nicht nur unter dem Corona-Virus, sondern gerade und speziell deren Beschäftigte an der begründeten Angst, ihre Arbeit/ihre Existenz und ein bescheidenes Einkommen zu verlieren.

Industrielle Arbeitsplätze werden entweder ins Ausland oder in steuerlich günstigere Städte verlagert.

Die ökonomische Krise wird sich absehbar verschlimmern, und die individuelle sowie gesellschaftliche Frustration bildet den Nährboden für rechtes Gedankengut, angefangen von Verschwörungstheorien, Zweifeln an der parlamentarischen Demokratie, dem orwellschen „New Speak“, der Fremden- und Intellektuellenfeindlichkeit bis hin zur Unmöglichkeit einer rationalen Auseinandersetzung (siehe hierzu u.a. Umberto Eco: Der ewige Faschismus und Jürgen Habermas) eines rationalen Diskurses.

Die Betroffenen fühlen sich umso mehr allein gelassen und vom politischen Leben ausgeschlossen, wenn dann auch noch eine NRW-Landesregierung von CDU/FDP zukünftig grundsätzlich die finanziellen Mittel für die Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen einstellen will.

Der Oberhausener Stadtrat hat am 17.02.2020 fast einstimmig eine von der SPD eingebrachte Resolution angenommen, die eine Mittelausweitung und Garantie für die Aufrechterhaltung der Angebote fordert. Die Starthilfe e.V., die Ruhrwerkstatt und Kontakt e.V. können nur in diesem Fall ihre notwendigen Arbeiten aufrecht erhalten. Die Beiträge der sozialen Teilhabe und die Hilfestellung in Bezug auf den sozialen Arbeitsmarkt sind unbestritten.

Mehrere Tausend Menschen in Oberhausen nutzen die Angebote, und deshalb dürfen die Mittelstreichungen keine Realität werden.

AfD-Möchtegernpolitiker sind durch ihre Wortwahl von „Sozial-Lobbyisten“ an Zynismus nicht mehr zu überbieten.

Sie heizen damit die Stimmung speziell ihrer entpolitisierten Wählerschaft an. Unsere Pflicht ist es, dies zu entlarven und die Finger auf jede dieser irrationalen, neuen Formen der Diskriminierung zu legen.

Der Landesregierung muss es gelingen, die Lebensumstände ihrer verängstigten Bürger zu verbessern, wenn sie ein weiteres Erstarken der AfD wirklich und ernsthaft verhindern will. Ein ja, aber, aber, aber darf den politischen Akteuren nicht weiter als Ausrede gelten. Die unaufschiebbare Pflicht/Verantwortung des sofortigen Handelns nicht in die unendliche Zukunft verschoben werden.

Tut was und zwar sofort, ansonsten besteht die Gefahr, dass der zu erwartende, soziale Kollaps unsere Demokratie hinweg fegen könnte. ■



# 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz

## Thüringen, Hanau ...

### Was tun?

H. N./I. S.

**Nicht nur die AfD konfrontiert uns seit Jahren mit niederträchtigen Hetzkampagnen. Mit Parolen wie „Flüchtlingsflut“, „Islamisierung“ oder „versiffte 68er“ machen rassistische Kreise auch aus den etablierten Parteien Stimmung.**

**D**as faschistische Spektrum organisiert und unterstützt Terror. Es schürt Linkenhass, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit. Bevorzugte Feindobjekte sind vor allem die Ärmsten der Armen; Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen; Menschen, die deswegen ihr Leben riskieren.

Rassismus vertieft die Spaltung der arbeitenden Klasse. Gleichzeitig lenkt er damit von den Ursachen der Verarmung und der hemmungslosen Bereicherung an der Spitze der Gesellschaft ab.

In Deutschland, in der EU und weltweit wurden und werden aufgrund der neoliberalen Umverteilungspolitik der etablierten Parteien und durch die Bankenrettung enorme Mittel für gesellschaftliche Solidarität gekürzt. Diese dienen vor allem dazu, um Klassenauseinandersetzungen zu „befrieden“.

Vor dem Hintergrund des globalen Wirtschaftskrieges wird die anhaltende Offensive des Kapitals radikalisiert. Durch beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung, Vernichtung und Zerstückelung von Arbeit wird systematisch die Entsolidarisierung der arbeitenden Klasse vorangetrieben.

Vordergründig geht es der rechten und ultrarechten Hetze um Wahlerfolge, zumal diese dreistellige Millionensummen an Steuergeldern in ihre Parteikassen spülen. Dieses Geld ermöglicht erfolgreiche Kandidaturen und Wahlkämpfe, kurz: eine relevante Einflussnahme auf den politischen Prozess und die parlamentarischen Strukturen.

#### **Ziel der Nazis:**

#### **ungehemmte Ausbeutung und Unterdrückung**

Strategisch geht es der faschistischen Rechten, im Bündnis mit den ihnen bekannten rechten Terrornetzwerken, um die Beseitigung demokratischer und sozialer Grund- und Menschenrechte. Sie identifiziert sich mit dem neoliberalen Ziel der Schwächung und Abschaffung aller „Profitbremsen“ - dazu zählen sie auch Gewerkschaften und Betriebsräte.

Ihren Coup in Thüringen hat die AfD euphorisch als „politische Revolution“ gefeiert. Der wahre Kern solcher Phrasen ist, dass die AfD erstmals die politische Isolation auf Landesebene aufbrechen konnte. Sie verhinderte zunächst nicht nur Bodo Ramelow's Wiederwahl, sondern sie ermöglichte eine Front mit den kooperationsbereiten Kräften in CDU und FDP. Sie trieb damit einen weiteren Keil ins bürgerliche Lager, was die gesell-

schaftliche Verschiebung nach rechts beschleunigt.

In neofaschistischen Kreisen wird dieses Vorgehen als „konstruktiv-destruktive“ Strategie gelobt. Indem Teile der CDU und der FDP die AfD gezielt hoffähig machen, wird die zunehmende Radikalisierung dieser Partei bestens kaschiert.

#### **Welche Verantwortung haben Linke und Gewerkschaften am Rechtsruck?**

Haben sie sich zu sehr um identitätspolitische Fragen und zu wenig um die materiellen Probleme der Lohnabhängigen und Prekarisierten gekümmert? Sind sie einerseits auf parlamentarische „Realpolitik“ und „Sozialpartnerschaft“, andererseits auf Selbstbeschränkung in linken Szenen fixiert?

Fakt ist jedenfalls, dass die verbliebene Minderheit der sozialistischen Linken noch immer mit den verbreiteten Illusionen in eine „Sozialpartnerschaft“ und den bisher gescheiterten Versuchen zur Überwindung des Kapitalismus zu kämpfen hat. Diese Fehlschläge haben nicht nur die alte Arbeiterbewegung zerstört, sondern eine glaubwürdige sozialistische Alternative scheinbar in das Reich der Utopie verbannt. Solange die anti-kapitalistische Linke das nicht realisiert, wird ihre Anziehungskraft überschaubar bleiben.

#### **Wer, wenn nicht wir?**

Wir treten deshalb dafür ein, das mit vielen anderen gemeinsam zu ändern. Durch den Aufbau einer konsequenten und kämpferischen Linken auch in den Gewerkschaften, die sich einsetzt für:

- die Unterstützung aller Bündnisse und Initiativen, die auf eine breitestmögliche Aktionseinheit aller antifaschistischen Kräfte orientieren;
- eine solidarische Klassenpolitik von unten gegen das auch in Teilen der arbeitenden Klasse verbreitete rassistische und nationalistische Gift;
- den Aufbau einer breiten außerparlamentarischen Bewegung, die entschieden gegen die globalen Spaltungen der arbeitenden Klassen und für deren gemeinsame soziale Interessen eintritt.

**Es ist höchste Zeit aufzustehen und aktiv zu werden:  
Gegen Faschismus, Klimakatastrophe und Kapitalismus!  
Für die Durchsetzung der Menschenrechte!** ■

# Fridays for Future und Antikapitalismus

## Erfahrungen und Entwicklungen

### des letzten Jahres in Duisburg

ALINA FUCHS

Als mir im Juli 2019 ein Mitglied der rechten Partei *Junges Duisburg* erklärte, dass *Fridays for Future* den Sozialismus auf die Straße bringen wolle, habe ich den Mann für vollkommen meschugge gehalten. Ein Klimaleugner, der Parallelen zwischen einer Umweltbewegung und der Kulturrevolution (!) zieht, eine ärgerliches Vorkommnis, aber nicht weiter wichtig. Trotzdem hatte ich persönlich für die nächsten Monate eine Abneigung gegen jedes entschieden sozialistische Auftreten. Man muss diesen Spinnern ja nicht auch noch die Waffen in die Hand geben, dachte ich mir.

Mittlerweile hat sich einiges geändert.

Von vorne: Als im Februar letzten Jahres zum ersten Mal eine FfF-Demo in Duisburg stattfand, waren die Teilnehmerzahlen hoch, fast ausschließlich Gymnasiasten vertreten und Systemkritik quasi nicht vorhanden. Eine eher unterschwellige „sozialdemokratische“ Wut auf die Großindustriellen war aber durchaus gegeben und spiegelte sich auch in Reden und Parolen wider, die aber allesamt mehr linksliberal als tatsächlich antikapitalistisch waren. Es erschien auch nicht so, als würde sich das demnächst ändern. Was einerseits an Forderungen wie der CO<sub>2</sub>-Steuer, andererseits an der Art und Weise wie unser Hauptorganisator die MLPD (vollkommen rechtmäßig, aber leider mit der Begründung, dass sie linksradikal ist) abgebügelt hat, lag.

Dass der Kapitalismus unseren Zielen aber nicht gerade zuträglich ist, war damals schon den allermeisten klar, und 2019 wie heute habe ich die Erfahrung gemacht, dass sich nahezu alle FfFler als antikapitalistisch einstufen.

Mit der Zeit kam das immer mehr zum Vorschein, die Parolen änderten sich.

„Brecht die Macht der Energiekonzerne!“, riefen wir jetzt.

Nach den Sommerferien brachen die Teilnehmerzahlen ein.

Beim Klimastreik am 20.09.19 erreichten sie aber ein neues Hoch, und der Antikapitalismus seine bisher deutlichste Form. Ich hatte zwar bei den Organisationstreffen eigentlich, mit dem Erlebnis im Juli im Gedächtnis, gegen offen sozialistische Positionen plädiert („Ich unterstütze das grundsätzlich, aber dann wird die gemäßigte Öffentlichkeit den Rechten ihre Propaganda aus der Hand fressen.“), gab mich aber letztenendes geschlagen und habe mich dann auch mehr über unseren Organisator von der *Grünen Jugend* geärgert, der nicht müde wurde zu betonen, dass der Referent von *Young Struggle* aus antikapitalistischer Sicht spricht, als wäre das etwas wovon man sich besser distanziert.

Die Rede von *Young Struggle* erntete dennoch eine Menge Jubel, Applaus und Zustimmung, worüber selbst der Redner (freudig-)überrascht schien und mir im Vorbeigehen zurief: „Ich schlage Planwirtschaft vor und ihr jubelt alle, seid ihr alle Genossen geworden?“

„Aber klar doch!“, rief ich zurück.

Die Sache mit dem Jubel könnte allerdings auch damit zu-

sammenhängen, dass das Wort „Planwirtschaft“ niemals ausgesprochen wurde.

Die Kapitalismuskritik war aber mehr als offensichtlich, daher kann man davon ausgehen, dass die Begeisterung der Zuhörer etwas aussagt.

Bei der eigentlichen Demonstration gab es einen antikapitalistischen Block.

Dazu kam die Beteiligung von der IG Metall und anderen Gewerkschaften, die als antikapitalistisch zu bezeichnen zwar falsch wäre, aber trotzdem ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Der antikapitalistische Block hat sich zwar in seiner organisierten Form am 29.11.19 nicht wiederholt, da eine beteiligte Organisation einer anderen vorwarf, sich zu sehr in den Vordergrund zu drängen, war aber de facto wieder vorhanden, gleichzeitig war die Teilnehmerzahl im Vergleich zum 20.09.19 gesunken.

Revolutionäre Rhetorik wurde häufiger und offensichtlicher, mittlerweile befürwortete auch ich ein offensiveres Auftreten, trotz der Widerstände Einzelner, die begannen, sich über zu viel Kommunismus im Orga-Team zu beklagen.

Gleichzeitig blieb die Anzahl Aktiver deprimierend niedrig, aber das Klientel wurde radikaler. Im Prinzip fingen die Gemäßigten an abzuspringen und sich wieder für andere Dinge zu interessieren, während wir geblieben sind, mit *Young Struggle* als Rückgrat.

„A-Anti-Anticapitalista“ ist mittlerweile Standardparole, auf der eher stillen letzten Demo kam „Hinterm Klimawandel steht das Kapital“ dazu, plus zwei rote Fahnen, mitgebracht vom Offenen Antifaschistischen Treffen Duisburg.

Den Sozialismus wollten relativ wenige auf die Straße bringen.

Er blieb einfach zurück, in Form der Kämpfer, der Überzeugten, der Unermüdlchen, die sich nicht haben unterkriegen lassen. ■



Fridays for Future-Demo in Oberhausen, März 2019.



# ¡Adiós, compañero!

## Sandinist, Christ und Marxist

Der folgende Nachruf auf Ernesto Cardenal wurde uns von einem Leser zugesandt. Er hatte ihn persönlich erlebt und schreibt somit aus einer persönlichen Sicht.

**E**rnesto Cardenal ist gestorben. Nicht völlig unerwartet – sein hohes Lebensalter von 95 Jahren und zahlreiche Erkrankungen in seinen letzten Jahren bereiteten darauf vor.

Neben den vielen Nachrufen, die im Wesentlichen aus historischen Daten und Inhalten von Dritten bestehen, schreibe ich hier eine persönliche Würdigung von Ernesto Cardenal.

Für viele Linke aus Europa und anderen westlichen Ländern war die Revolution der FSLN\* in Nicaragua Anfang der 1980er Jahre ein politischer Kristallisationspunkt. War es doch 1979 gelungen, einem der vom US-Imperialismus gestützten Diktatoren die Macht zu entreißen.

Tausende überwiegend junge Menschen reisten nach Mittelamerika, um in Nicaragua die sandinistische Revolution zu unterstützen: durch tatkräftige Mitarbeit in der Landwirtschaft, im Baubereich, durch den Bau und die Organisation von Gesundheitsposten oder auch in Projekten und bei der Alphabetisierung. Ca. drei Viertel der Einwohner\*innen Nicaraguas konnten 1979 weder lesen noch schreiben.

Viele kamen für Monate, manche für Jahre, andere für immer. Trotz schon damals vorhandener Kritik an manchem Handeln der FSLN überwog die Solidarität. Das, was später mit dem Ortega-Clan kam, war vielleicht zu vermuten, aber noch nicht so klar sichtbar.

Angenehm und positiv hob sich dort immer Ernesto Cardenal hervor – der eine einfache und klare Linie vertrat.

Einerseits aufgrund seiner ethischen Überzeugung von absoluter Gewaltfreiheit, die er aber nur für sich selbst zum Prinzip erhob und nur für den Idealfall verallgemeinerte. Und andererseits durch seine klare und prak-

tische Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten, wobei er auch immer die Ursache für die Missstände benannte: den Kapitalismus.

Damals war er Kulturminister in der sandinistischen Regierung. Es war normal, dass Brigadist\*innen bei Treffen, an denen auch Ernesto Cardenal – als einziger Regierungsvertreter – teilnahm, stundenlang und manchmal sehr kontrovers mit ihm diskutierten. Dass dies etwas besonderes gewesen ist, wurde mir erst Jahre später, wo ich längst zurück war in Europa, bewusst. Auch vor dem Hintergrund der zunehmend reaktionären Entwicklung in Nicaragua.

Auch als überzeugter Atheist muss ich seiner Haltung und Überzeugung hohe Anerkennung zollen. Wenn auch sein Denken und Handeln nicht immer bruchfrei war, so war Ernesto Cardenal doch ein Revolutionär, der klarer und deutlicher als viele erklärte Linke das aussprach, was wesentlich war: die Notwendigkeit, das kapitalistische System zu überwinden und die praktische Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten. Und er verhielt sich auch danach.

Viele (jüngere) Linke kennen seinen Namen kaum noch, winken ab, wenn sie etwas von *Theologie der Befreiung* hören, oder weisen darauf, dass er ja eigentlich ein katholischer Priester war. Ja, sachlich ist letzteres richtig. Aber die wenigsten haben seine Bücher gelesen oder kennen sein poetisches Werk. Sie täten gut daran, sich damit zu beschäftigen, bevor sie sich dazu äußern. Er war ein besonderer Mensch, der mehr Revolutionär war, als viele von ihnen es je sein werden. Möge die Erde dir leicht sein.

Adiós Ernesto. ■

\**Frente Sandinista de Liberación Nacional* (Nationale sandinistische Befreiungsfront)



Ernesto Cardenal, 2009.

Foto: Roman Bonnefoy (Manifestation publique).

### Literaturhinweise (Eine kleine subjektive Auswahl)

Das Evangelium der Bauern von Solentiname. 2 Bände. Wuppertal 1976/1978; Neuausgabe 1991, ISBN 3-87294-163-1  
Erinnerungen. 3 Bände  
1: Verlorenes Leben. Wuppertal 1998, ISBN 3-87294-803-2.  
2: Die Jahre in Solentiname. Wuppertal 2002, ISBN 3-87294-917-9.  
3: Im Herzen der Revolution. Wuppertal 2004, ISBN 3-7795-0013-2.  
Aus Sternen geboren. Das poetische Werk. 2 Bände. Wuppertal 2012, ISBN 978-3-7795-0416-0.

## Zur Ökosozialistischen Konferenz der ISO

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr habt es sicher schon vermutet, leider müssen wir euch mitteilen, dass die Ökosozialistische Konferenz der ISO am 9. und 10. Mai in Köln nicht in der geplanten Form stattfinden kann. Die Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen. Wir gehen aber davon aus, dass angesichts der Corona-Epidemie auch Anfang Mai größere Treffen noch nicht möglich sind. Wir planen nun neu und überlegen, ob wir die Ökosozialistische Konferenz im Herbst nachholen können.

Das Interesse an der Konferenz war und ist jedoch groß.

Deswegen überlegen wir statt eines physischen Treffens, ein Online-Angebot zum Thema anzubieten, das Elemente der Konferenz enthalten wird. Bitte merkt euch daher den Termin weiterhin vor. Auf dieser Website werden nach und nach mehr Informationen zu der Online-Konferenz im Mai zu lesen sein:

[www.oekosozialistische-konferenz.de](http://www.oekosozialistische-konferenz.de)

Wir halten euch auf dem Laufenden und hoffen, ihr bleibt gesund.

Euer Vorbereitungs-Team. ■

# Corona und Krise: Was tun!?

**Demonstrationen sind verboten. Veranstaltungen und Treffen politischer Gruppen können nicht stattfinden. Was nun? Einfach auf bessere Zeiten warten, ist keine gute Idee.**

P. S.

**D**erzeit passiert Widersprüchliches: Einerseits erleben wir autoritäre Eingriffe ins tägliche Leben, die wir uns vor wenigen Wochen noch nicht hätten vorstellen können. Freiheitsrechte werden deutlich eingeschränkt, die Notwendigkeit der Maßnahmen wird allgemein akzeptiert. Sie drohen jedoch, sich über die Krise hinaus zu verstetigen.

Andererseits werden derzeit politische Entscheidungen getroffen bzw. ernsthaft erwogen, die von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen lange eingefordert, aber als unerfüllbar zurückgewiesen wurden: die Finanzierung von Krankenhäusern orientiert an ihrem Versorgungsauftrag und die finanzielle Aufwertung der Tätigkeiten in der Daseinsvorsorge sind nur zwei Beispiele von vielen. Auf einmal können Fahrradstreifen quasi von heute auf morgen zulasten des motorisierten Verkehrs ausgeweitet werden. Auch Eingriffe in die „unternehmerische Freiheit“ zum Nutzen der Allgemeinheit sind Optionen in Zeiten der Krise.

Können wir Begehrlichkeiten, unsere Rechte dauerhaft zu beschränken, abwehren?

Bringt uns die Erfahrung, dass der Kapitalismus nur mit vielerlei ihm eigentlich fremden Maßnahmen künstlich aufrecht erhalten werden kann, einer Gesellschaft näher, die sich an den Bedürfnissen der Vielen orientiert, und nicht an den Profitinteressen einer verschwindenden Minderheit?

Mit solchen Fragen sollten wir uns jetzt schon auseinandersetzen,

nicht erst in einer unbestimmten Zukunft. Und unsere Handlungsfähigkeit bewahren. Aber wie?

Die aktuell notwendige Reduzierung von Kontakten birgt unter anderem die Gefahr der Vereinzelung und der Zerstörung von Strukturen. Zahlreiche Gruppen suchen darum nach Möglichkeiten, ihre Mitglieder beisammen und ihre Arbeit aufrecht zu erhalten.

Telefonkonferenzen, virtuelle Meetings und Webinare auf Plattformen wie Zoom haben sich in den vergangenen Wochen vervielfacht. Viele, die sich zuvor davor scheuten, beschäftigen sich nun aus purer Notwendigkeit mit den Möglichkeiten, die die moderne Technik bietet. Gruppen und ihre Mitglieder erweitern so ihre Medienkompetenz, was auch in Zukunft nützlich bleibt. Virtuelle Treffen sind schnell zu organisieren, verursachen kaum Kosten und helfen, weite Reisen zu vermeiden.

Doch auch wenn sich ein großer Teil der Aktivitäten derzeit ins Netz verlagert: Wir leben immer noch in der realen Welt, und dort werden auch die maßgeblichen Entscheidungen getroffen.

Aktionen, die etwas bewegen, müssen weiterhin draußen stattfinden. Widerstand ist kollektiv: im Betrieb, auf der Straße, im Viertel ...

Aber da können wir gerade nichts machen. Oder doch?

Es passiert bereits einiges, sowohl in Betrieben als auch im öffentlichen Raum. Wir werden berichten. ■

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Erregenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

#### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- DI, 31.03.20, 18:00 Uhr, Telefonkonferenz vom Oberhäuser Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung; Kontakt: [kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de](mailto:kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de)
- DO, 07.04.20, 17:00 Uhr, Telefonkonferenz vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL); Kontakt: [info@akuwill.de](mailto:info@akuwill.de)
- FR, 08.04.20, 18:00 Uhr, Telefonkonferenz vom Frauenplenum Oberhausen; Kontakt: [info@frauen-plenum-ob.de](mailto:info@frauen-plenum-ob.de)
- DI, 14.04.20, 18:00 Uhr, Telefonkonferenz vom Oberhäuser Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung; Kontakt: [kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de](mailto:kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de)

#### Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & Freund\*innen  
Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46  
Email: [info@iso-4-oberhausen.de](mailto:info@iso-4-oberhausen.de)  
Web: [www.iso-4-oberhausen.de](http://www.iso-4-oberhausen.de)

#### Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen  
Postfach 10 01 25  
D-46001 Oberhausen

